



Achim Post, MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
Vorsitzender der NRW-Landesgruppe  
in der SPD-Bundestagsfraktion



Sabine Poschmann, MdB

Stellvertretende wirtschafts- und energiepolitische Sprecherin  
Beauftragte für den Mittelstand und das Handwerk  
der SPD-Bundestagsfraktion

23. Juli 2020

## PRESSEMITTEILUNG

---

### **„Land muss bei Karstadt-Kaufhof sozialer Verantwortung nachkommen“ SPD-Bundestagsabgeordnete aus NRW nehmen auch Konzern in die Pflicht**

„Wir geben nicht auf und kämpfen um jedes einzelne Haus“, sagt Achim Post, Vorsitzender der Landesgruppe NRW in der SPD-Bundestagsfraktion, mit Blick auf die 15 Karstadt-Kaufhof-Filialen in Nordrhein-Westfalen, die weiterhin von der Schließung bedroht sind. Gleiches gelte für die vier betroffenen NRW-Häuser von Karstadt Sports. Die Fälle aus Dortmund, Leverkusen und Bielefeld, wo Filialschließungen abgewendet werden konnten, zeigten, dass sich der Einsatz lohne.

„Wichtig ist zudem, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Falle von Filialschließungen so gut wie möglich aufzufangen“, erklärt die stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Sabine Poschmann. „Bei Karstadt Sports weigert sich die Arbeitgeberseite bis heute beharrlich, Gelder für eine Transfergesellschaft zur Verfügung zu stellen – das ist unverantwortlich.“ Denn ohne Arbeitgeberbeteiligung sei eine Transfergesellschaft nicht möglich. Stand jetzt drohe den Beschäftigten damit nach der geplanten Schließung zum 31. Oktober ein Sturz ins Bodenlose. „Die Verantwortlichen bei Karstadt Sports müssen diese Blockadehaltung so schnell wie möglich ablegen, Mittel zur Verfügung stellen und einen sozialpolitischen Kahlschlag verhindern“, fordert Poschmann, die innerhalb der SPD-Fraktion für den Einzelhandel zuständig ist.

Anders sieht die Lage bei Karstadt-Kaufhof aus. „Ich fordere die Landesregierung NRW auf, kurzfristig Mittel für eine Verlängerung der Transfergesellschaft bereitzustellen“, sagt Achim Post. „Mit Mitteln des Bundes und des Arbeitgebers ist eine Transfergesellschaft für sechs Monate bereits beschlossen“, so Post. Beschäftigte, die in die Gesellschaft wechseln, erhalten mehr Geld als das Arbeitslosengeld I und werden für einen neuen Job qualifiziert sowie aktiv vermittelt. Post: „Um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine bessere Perspektive zu geben, wollen wir die Transfergesellschaft aber mindestens auf neun, besser sogar auf zwölf Monate verlängern. Gerade wegen des mangelnden Arbeitsplatzangebotes in der Corona-Krise ist das dringend notwendig.“ Der Bund sei bereit, entsprechende Gelder für eine Ausweitung der Transfergesellschaft zur Verfügung zu stellen. „Aber Herr Laschet muss sich nach wochenlangem Zögern endlich an dieser Lösung beteiligen.“